

LAUSITZER RUNDSCHAU

Brandenburg 08. Juni 2012, 02:43 Uhr

Chance für modernes Minderheitenrecht

Brandenburger Landtag berät in erster Lesung über das Sorben- und Wendengesetz

POTSDAM Das seit 1994 geltende Sorben/Wenden-Gesetz in Brandenburg soll auf den neuesten Stand gebracht werden. Einen von neun Lausitzer Abgeordneten eingebrachten Gesetzentwurf überwies der Landtag einstimmig an die zuständigen Ausschüsse.

Die Debatte begann stilgerecht auf Niedersorbisch: Meto Nowak, Vorsitzender des Sorben- und Wendenrats, sprach im Plenarsaal des Brandenburger Landtags einige Worte in seiner Muttersprache. Denn am gestrigen Donnerstag beriet das Parlament zum ersten Mal über einen von neun Lausitzer Landtagsabgeordneten überfraktionell eingebrachten Antrag zu einer Novellierung des Sorben- und-Wenden-Gesetzes.

Streit um Beauftragten Geregelt werden soll darin unter anderem ein Verbandsklagerecht für Sorben und Wenden, der bilinguale Sprachunterricht oder eine Ausdehnung des "Sorbischen Siedlungsgebiets". "Brandenburg hat die Chance, ein modernes Minderheitenrecht zu schaffen", sagte Nowak.

Umstritten war am Donnerstag allerdings vor allem eine Frage: Braucht das Land Brandenburg einen Landesbeauftragten für die Angelegenheiten der Sorben und Wenden? Der Vorsitzende des Sorbenrats meint: Ja. "In den Ministerien gibt es zersplitterte fachliche Zuständigkeiten, oft wird die Sicht auf das große Ganze verloren", sagte Nowak.

Hingegen erklärte der SPD-Abgeordnete Werner-Siegwart Schippel, dass es für diese Position wohl keine Mehrheit geben werde, da er nicht finanzierbar sei.

Für Empörung sorgte Schippel mit dieser Position bei seiner Kollegin Sabine Niels: Weil Schippel den Landesbeauftragten aus dem ursprünglich erarbeiteten Gesetzesentwurf streichen ließ, verzichtete die Lausitzer Abgeordnete darauf, den Gesetzestext mit einzubringen. Und auch der fraktionslose Abgeordnete Gerd-Rüdiger Hoffmann und der Abgeordnete der Linken, Jürgen Maresch, sprachen sich im Plenum für die Schaffung eines Landesbeauftragten aus.

Plädoyer für mehr Dialog Größere Einheit bestand bei anderen Themen: So sprachen sich mehrere Parlamentarier dafür aus, die Beiträge für die Stiftung des Sorbischen Volks zu dynamisieren. "Wir brauchen einen Inflationsausgleich", sagte Schippel. "Sonst blutet die Stiftung allmählich aus."

Jürgen Maresch betonte, dass für das Minderheitenschulwesen andere Regeln gelten müssten, etwa bei der Frage nach den Schülerzahlen.

Und der FDP-Abgeordnete Jens Lipsdorf plädierte für "mehr pragmatische und zielorientierte Gespräche mit den Vertretern der Sorben und Wenden". Was von diesen Dingen am Ende im Gesetz steht, wird das parlamentarische Verfahren zeigen - aber ein Anfang für ein modernes Minderheitengesetz ist in Brandenburg gemacht.

Benjamin Lassiwe

Jüngste Kommentare

Zu diesem Artikel sind noch keine Beiträge vorhanden

